

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

28. März 1946

Blatt 393

Zur Buttersausgabe

Mit Rücksicht auf zahlreiche Anfragen aus Verbraucherkreisen macht das Marktamt der Stadt Wiendarauf aufmerksam, daß die jetzt zur Ausgabe gelangende Butter (Dosenbutter aus amerikanischen Heeresbeständen) für Kochzwecke gedacht ist. Zur Vermeidung größerer Fettverluste darf die Butter nicht bei höherer Temperatur ausgeschmolzen werden. Ihre Verwendung geschieht zweckmäßig so, daß die Butter den heißen Speisen kurz vor dem Fertigmachen zugesetzt wird.

Benzinversorgung Wiens

Die Mag. Abt. 47 gibt bekannt, daß ab sofort im beschränkten Ausmaße Treibstoff für die Dringlichkeitsgruppen 2 und 3 zur Ausgabe gelangt.

Entfallende Sprechstunde

Samstag, den 30. ds. M. entfällt die Sprechstunde des Vizebürgermeisters Lois Weinberger.

An die Inhaber von Ernteland im X. XI. XII. XXI. und XXII. Bezirk

Alle jene Inhaber von Ernteland, denen solches im X. XI. XII. XXI. und XXII. Bezirk zugewiesen wurde, gleichgültig ob städtischer, privater oder staatlicher Grundbesitz, und die noch keine gelbe Ernteland- (Grabeland) Ausweiskarte 1945/46 besitzen, haben sich mit dem letztgültigen Grabelandausweis und zwar:
am Samstag, den 30. März l. J. in der Zeit von 9 bis 15 Uhr
für den XI. Bezirk in der Hauptschule XI., Enkplatz 4,
" " XII. Bezirk am mag. Bez. Amt f. d. XII. Bezirk, XII.,
Schönbrunnerstraße 259

am Montag, den 1. April 1. J. in der Zeit von 9 bis 15 Uhr
für den X. Bezirk am mag. Bez. Amt f. d. X. Bezirk,
X., Laxenburgerstraße 43
für den XXI. u. XXII. Bezirk in der Mädchenschule,
XXI., Schöpfleitengasse 24
zwecks Ausfertigung der von nun an allein gültigen Ernteland-
Ausweiskarte der Mag. Abt. 53 zu melden.
Verwaltungsabgabe S 2.--.

Umfärben von Militärkleidungsstücken aus der
=====
Alliiertenhilfe Amerikas.
=====

Das Hauptwirtschaftsamt gibt bekannt, daß über neuerlichen Auftrag der Amerikanischen Militärregierung sämtliche militärischen Oberkleider (Mäntel, Hosen, Jackets, Kappen sowie auch Militäroberhemden und Hemdblusen) gebraucht oder ungebraucht vor dem Verkauf ordnungsgemäß umzufärben sind. Die Umfärbung hat bei der Fa. R. & E. Goebel, Wien 5., Rüdigerstraße 20, die von der Amerikanischen Militärregierung dazu angewiesen wurde und das Färbungsmaterial erhielt, zu erfolgen. Ab sofort dürfen solche ungefärbte Militärkleidungsstücke weder verkauft noch zur Schau gestellt werden, widrigenfalls mit Geschäftssperre vorgegangen werden müßte.

Sitzung des Gemeinderates

=====

Der Gemeinderat trat heute um 5 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz des Gemeinderates Thaller zu einer Geschäftssitzung zusammen. Es erfolgte zuerst die Angelobung der Gemeinderäte Bauer, Jirava und Ing. Witzmann, die in der konstituierenden Gemeinderatssitzung nicht anwesend waren. Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß mehrere Mitglieder des Gemeinderates Ausschußmandate zurückgelegt haben und daß an deren Stelle andere Mitglieder des Gemeinderates zu wählen sind. Diese Nachwahlen wurden auf Grund der vorliegenden Parteivorschläge vorgenommen.

Zu Post 1 der Tagesordnung: "Die Errichtung einer Generaldirektion für die städtischen Unternehmungen" lag keine Wortmeldung vor. Der Gegenstand galt daher nach der Geschäftsordnung des Gemeinderates als angenommen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Fahrpreisfestsetzung auf den Autobuslinien Nußdorferplatz - Klosterneuburg-Kierling und Simmeringer Hauptstraße - Kaiser-Ebersdorf, referierte der amtsführende Stadtrat für die städtischen Unternehmungen Dr. Exel. Er wies auf die Notwendigkeit der Errichtung dieser Autobuslinien hin, da trotz der Genehmigung zur Errichtung die Eröffnung einer Obuslinie bis heute wegen Mangel an Gleichrichteranlagen nicht möglich war. Mit der Eröffnung der neuen Autobuslinien werde einem dringenden Bedürfnis der Bevölkerung nach Verdichtung des Verkehrsnetzes entsprochen.

Gemeinderat Wiedermann (SPÖ) beantragte eine Änderung des Tarifes zu Gunsten der Bewohner des Kahlenbergerdorfes. Gemeinderat Ing. Rieger, (ÖVP) begrüßt ebenfalls die zusätzliche Errichtung von Autobuslinien und verweist auf die Unterschiede in der Tarifgestaltung der privaten und städtischen Autobusunternehmungen. Er reklamierte die Errichtung einer Autobuslinie nach Neustift - Salmansdorf, wo die entsprechenden Gleichrichteranlagen und die Oberleitung vorhanden seien.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wurde der Referentenantrag angenommen und der Abänderungsantrag Wiedermann der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Stadtrat Dr. Exel referierte sodann über die Aufstellung von drei neuen Kesselanlagen im kalorischen Kraftwerk Simmering. Die beiden dort vorhanden gewesenen Dampfkessel, welche nach dem Jahre 1938 aufgestellt wurden, sind auf Grund dieses U standes abmontiert und als Reparationsleistung in Anspruch genommen worden. Das Fehlen dieser beiden Kessel hat sich sehr unangenehm ausgewirkt. An ihrer Stelle sollen nun drei neue Dampfkessel zu je 150 t Stundenleistung angeschafft werden. Es wird dadurch eine Verbesserung der Leistung des Werkes gegenüber dem ursprünglichen Zustande erzielt werden: Die Anschaffungskosten der drei neuen Kessel samt Zubehör betragen 12 Millionen Schilling und 240.000 Schweizer Franken. Der Antrag wurde ohne Debatte angenommen.

Wiedererrichtung des Wiener Jugendhilfswerkes (Wijug)

=====

Stadtrat Dr. Freund berichtete, daß der Stadtsenat die Wiedererrichtung der "Wijug" beschlossen habe. Der Aufgabenkreis der Wijug ist auf Lebensmittel-, Ausspeisungs- und Bekleidungsaktionen für Kinder erweitert worden. Da die Zusammensetzung des Kuratoriums der Wijug schon vor der Konstituierung des Gemeinderates erfolgte und nicht mehr dem Proporz entspricht, sollen seine abgeänderten Satzungen neu beschossen werden.

Gemeinderätin Prof. Hiltl (ÖVP) betonte, daß unsere Sorge besonders der Gesundheit der gefährdeten Jugend gelten müßte. Alle wissen, daß diese Jugend in der letzten Zeit Schweres durchgemacht hat und alle sind sich darüber klar, daß die Zukunft des Staates ~~dann~~ abhängt, ob und wie dieser Jugend wieder auf eine bessere Gesundheitsstufe gebracht werden kann. Das Kinderrettungswerk der ÖVP hat tausende Kinder in die Bundesländer auf Erholung gebracht. Der ländlichen Bevölkerung gebührt für diese Bereitwilligkeit und für ihr Entgegenkommen besonderer Dank.

Stadtrat Dr. Freund gab in seinem Schlußwort im Namen der SPÖ den festen Willen Ausdruck, dieses überpolitisch und unparteiisch geleitete Werk zu einem guten Erfolg zu bringen. (Anhaltender Beifall). Die beantragte Änderung der Satzungen der Wijug wurde zum Beschluß erhoben.

Folgende Anträge wurden von Mitgliedern der Sozialistischen Fraktion des Gemeinderates eingebracht. Sie wurden am Schluß der Sitzung durch den Schriftführer verlesen und sodann der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

A n t r a g

=====

der Gemeinderäte Ing. Witzmann, Bock, Dinstl und Genossen.

Infolge des Stillstands der öffentlichen Bautätigkeit in Wien seit dem Jahre 1934 ist das Wohnungsdefizit Wiens stark angewachsen. Es wurde durch den Hitlerkrieg, durch den mehr als 100.000 Wohnungen zerstört oder beschädigt worden sind, noch verschärft. Zehntausende Familien sind gezwungen, in Untermiete zu hausen. Eine der dringendsten Aufgaben unserer Stadt ist daher die Wiederherstellung des beschädigten Wohnraumes und die Schaffung möglichst vieler neuer Wohnungen.

Der Gemeinderat wolle daher beschließen:

Die Gemeinde nimmt den Wohnungsbau wieder auf. Durch Errichtung von Volkswohnhäusern nach dem Muster der Gemeindebauten aus der Zeit vor 1934 und durch Förderung der Siedlungs- und Baugenossenschaftsbewegung sollen 2.000 neue Wohnungen jährlich hergestellt werden.

Das Stadtbauamt wird beauftragt, unter restloser Ausschöpfung des Arbeits- und Baustoffmarktes die Instandsetzung der beschädigten Wohnungen so planmäßig zu fördern, daß jährlich wenigstens 6.000 Wohnungen wieder bewohnbar gemacht werden können.

A n t r a g

=====

der Gemeinderäte Ing. Witzmann, Kaschik und Genossen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Um den Mangel an qualifizierten Fachkräften im Baugewerbe abzuhefeln und dadurch die Voraussetzungen für eine umfangreiche Bautätigkeit zu schaffen, wird die von der Arbeiterkammer und von den Gewerkschaften eingeleitete Aktion zur Umschulung von Arbeitskräften für das Baugewerbe von der Gemeinde mit allen Mitteln gefördert.

Außerdem werden geeignete Maßnahmen getroffen, um Bauarbeiter aus den übrigen Bundesgebieten heranzuziehen.

A n t r a g
=====

der Gemeinderäte Hraštņig, Caesar und Genossen.

Wie nach dem ersten Weltkriege ist auch jetzt wieder in breiten Kreisen der Bevölkerung der Drang nach dem Besitz eines kleinen Stückchen Bodens und nach Luft und Sonne zu beobachten. Es ist das Streben aus der licht- und luftlosen Altwohnung hinaus in den Kleingarten. Dieser verbessert die Ernährungslage der Familie und steigert durch den Aufenthalt der Familienmitglieder im Freien die Gesundheit und Lebensfreude von Jung und Alt.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Alle geeigneten verfügbaren Grundflächen sind der Kleingartenbewegung zuzuführen. Die Errichtung von Dauerkleingärten und Kleingarten-Musteranlagen wird tatkräftigst unterstützt. Das Siedlungs- und Kleingartenamt der Gemeinde Wien wird die Siedlungs- und Kleingartenbewegung betreuen und fördern.

A n t r a g
=====

der Gemeinderäte Marek, Jirava und Genossen.

Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen der Republik Österreich mit allen Ländern der Erde ist die wichtigste Voraussetzung für die Gesundung und Normalisierung unseres Wirtschaftslebens.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Um allen Wirtschaftskreisen Wiens und Österreichs die Möglichkeit zu geben, durch Propagierung ihrer Erzeugnisse wieder Anschluß an die internationalen Absatzgebiete zu finden, wird der Finanzreferent beauftragt, die Wiener Messe A.G. zu veranlassen, die Vorbereitung und Durchführung der Wiener Messen sofort in Angriff zu nehmen.

Die erste große Wirtschaftsschau soll als erste Friedensmesse im traditionellen Messepalast im September 1946 stattfinden.

Antrag der Gemeinderäte Olah und Genossen.
=====

Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe XII wird aufgefordert, geeignete Schritte zu unternehmen, daß die der Gemeinde Wien gehörige städtische Sargfabrik in Atzgersdorf im öffentlichen Interesse der Wiener Bevölkerung seinem jetzigen Zweck erhalten und in der Verwaltung der Gemeinde verbleibt.

B e g r ü n d u n g:

Die Gemeinde Wien hat in Atzgersdorf eine Tischlereifabrik käuflich erworben und als städtische Sargfabrik eingerichtet. Dem Vernehmen nach bemühen sich jetzt die früheren nationalsozialistischen Betriebsinhaber, die Brüder Ketele, bei verschiedenen Stellen der zuständigen Ministerien den zwischen der Gemeinde Wien und der seinerzeitigen öffentlichen Verwaltung des Betriebes abgeschlossenen und vom Bundesministerium für Handel und Verkehr genehmigten Kaufvertrag rückgängig zu machen. Es liegt im Interesse der Wiener Bevölkerung, daß die Sargfabrik weiterhin in der Verwaltung der Gemeinde verbleibt.

Nach Verlesung der Anträge wurde die Sitzung um 18 Uhr geschlossen.